

Antrag für den
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Feuerwehr
am 16.3.2010

Geschäftsführung: Jürgen Bartz

Tel: 0551-400-2785
Fax: 0551/400-2904
GrueneRatsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de

23.2.2010

Kulturförderabgabe auf Hotelübernachtungen

Der Ausschuss möge dem Rat zum Beschluss vorlegen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen ob und in welcher Form die Erhebung einer kommunalen Kulturförderabgabe auf Hotelübernachtungen in Göttingen möglich und praktikabel ist. Sollten keine grundsätzlichen Bedenken an der Rechtmäßigkeit einer solchen Abgabe bestehen, soll die Verwaltung einen entsprechenden Entwurf erarbeiten und im zuständigen Ausschuss vorstellen.

Begründung:

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sieht sich die Stadt Göttingen gezwungen, systematisch nach Möglichkeiten zu suchen, ihre Ausgaben zu senken und ihre Einnahmen zu erhöhen. Einnahmenseitig scheint eine Abgabe auf Hotelübernachtungen zur finanziellen Unterstützung der öffentlich geförderten Kultureinrichtungen ein geeignetes Instrument. Laut Grundgesetz haben die Kommunen das Recht, örtliche Verbrauchs- und Aufwandssteuern zu erheben, sofern diese nicht bundesgesetzlich geregelten Steuern gleichartig sind. Die beantragte Abgabe könnte dazu beitragen, die erheblichen Einnahmeausfälle zu kompensieren, die den Kommunen durch die von FDP und CSU durchgesetzte und politisch umstrittene Absenkung der Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen (von 19% auf 7%) entstanden sind. Dieser finanzielle Ausgleich ist auch deshalb notwendig, weil die Einnahmeausfälle die Finanzierung der Kultureinrichtungen im bisherigen Umfang gefährden können.

Vorstöße zur Erhebung einer Abgabe auf Hotelübernachtungen gibt es bereits in anderen Städten, z.B. in Köln (geplant: 5% auf jede Übernachtung) und in Weimar (bereits eingeführt: 1 €/ Nacht). In Niedersachsen wird über die Einführung der Abgabe in Oldenburg und Lüneburg diskutiert. Bei zur Zeit etwa 390.000 Übernachtungen pro Jahr im Gebiet der Stadt Göttingen ist mit einer deutlichen Entlastung des städtischen Haushaltes zu rechnen. Dazu sollen dem Finanz- und Kulturausschuss Modellrechnungen in prozentualer Höhe oder als fester Betrag vorgestellt werden.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf die aktuelle Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag hinweisen:

<http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/cms/default/dokbin/328/328319.pdf>